

DIE LINKE. Sachsen

Grundsatzkommission

Mitschrift des 1. Konvents zum Programmwurf der Partei DIE LINKE im Landesverband Sachsen am 26. Juni 2010

Forum 2 – Freiheit und Demokratie

Ort: Dresden, Businesspark

Vorbemerkungen:

Der PE äußert sich auf Seite 9 und 18 zu o.g. Problemen. Man kann also nicht sagen, es stünde nichts zum Thema drin. Gleichwohl wird hier deutlich, dass die bloße Nennung von Themen noch lange nicht ihre Bearbeitung und Durchführung bedeuten. Der Workshop hat nicht nur aufgezählt, was alles fehlt, sondern Ansätze einer Erklärung herausgearbeitet, warum der PE in Sachen Freiheitsrechten und Staatsverständnis so schwach auf der Brust ist.

a) Freiheitsrechte und Demokratie

Wie gesagt, taucht das Thema nicht auf. Aber ist die Problembeschreibung ausreichend? Auch oder gerade hier stellt sich wieder die Frage nach gesellschaftlichen PartnerInnen, und diesmal sind es wirklich nicht an erster Stelle die Gewerkschaften. Was dem PE eindeutig fehlt, ist ein fundierter Abschnitt zum Thema individueller und Freiheitsrechte, darin das große Problem der Gefährdung der informationellen Selbstbestimmung. Wir müssen uns äußern zur Online-Durchsuchung und Überwachung des Internets, zum privaten wie staatlichen Einsatz von RFID-Chips, der Vorratsspeicherung von Daten der elektronischen Kommunikation, der Erfassung biometrischer Daten, der Verletzung des Post- und Bankgeheimnisses. Zu all dem findet sich im PE nichts. Zwar prangert er den Überwachungsstaat an, vermeidet aber jedes konkrete Problem. Wie steht denn DIE LINKE zur Videoüberwachung öffentlicher Räume? Und wenn es um Selbstbestimmung geht: Wie sieht es mit der Entkriminalisierung des Genusses weiterer Drogen aus? Das Thematisieren des grundlegenden Topos ´ der Freiheitsrechte, wie des Rechts auf individuelle Selbstbestimmung, ist nicht einfach ein Spleen besserverdienender Selbstverwirklicher. Vielmehr kommen dabei mindestens vier Aspekte zum Tragen:

- der unmittelbar politische: Der Datenstriptease betrifft nicht zuletzt, vielleicht sogar vor allem, politisch aktive Linke.
- der soziale: Gerade die sozial Schwächsten sehen sich verheerender Überwachung, Verdächtigung und Sanktionierung ausgesetzt. Ihre Privatsphäre ist weitgehend ungeschützt. Sie müssen ggf. den Verdacht des „Leistungsmissbrauchs“ ausräumen (Beweislastumkehr).
- der Bildungsaspekt: Die Piratenpartei hat sich ursprünglich um den Streit um Urheberrechte im Internet entwickelt. Darüber hinaus bildet das Netz die Möglichkeit des fast unbegrenzten Zugangs zu Information, Wissen und somit Bildung. Wie wäre es also mit einem Grundrecht auf ungehinderten Internetzugang ohne soziale Barrieren?
- Bündnisse: Wenn wir das Thema Freiheits- und Grundrechte zu unserem Thema machen wollen, und was spräche dagegen, wären wir anschlussfähig für politische Bewegungen der Zivilgesellschaft, lokale wie überregionale Initiativen gegen Videoüberwachung, aber eben auch für die GRÜNEN, bei denen man dieses Thema zuallererst vermutet (warum eigentlich?), und die Piratenpartei.

Alle Aspekte zusammen genommen, gibt es keine Begründung dagegen, sich als linke Bürgerrechtspartei zu entwickeln. Ein allererster Schritt wäre, dieses Wort im Programm aufzunehmen.

4 Zusätze:

1. Es wurde im Workshop auf die Dürftigkeit der Passagen zum Asyl- und AusländerInnenrecht hingewiesen. Als Beispiel sei genannt, dass der Entwurf zwar die Forderung nach Asyl für politisch Verfolgte und Flüchtlinge vor Kriegen und Menschenrechtsverletzungen aufstellt. Wie sieht es aber mit Menschen aus, die vor Hunger, Umweltkatastrophen oder autoritären Verhältnissen fliehen?
2. Wenn es um eine Kritik der Gefährdung von Freiheitsrechten geht, so muss man konstatieren, dass dem PE jegliche Patriachatskritik fehlt.
3. Auch im Spannungsbogen: Wirtschaftsfreiheit einschränken - BürgerInnenfreiheiten ausbauen - spielt die Stärkung der Teilhaberechte durch soziale Absicherung eine wesentliche Rolle. Zwischen „der Wirtschaft“ und den abhängig Beschäftigten gewissermaßen Waffengleichheit herzustellen, das Moment der Erpressung in den Verhandlungen beider Seiten wesentlich zu verringern, ist das bedingungslose Grundeinkommen ein Weg zur Demokratisierung der Gesellschaft, der einfach ins Programm gehört. Zudem thematisiert es die Veränderung der Arbeitswelt, liefert Kritikansätze am Arbeitszwang und macht (wie die Begründung des Rechts auf individuelle Selbstbestimmung überhaupt) den Weg frei für eine entspannte und fundierte Diskussion zum Recht auf Muße.
4. Die völlige Unterbelichtung der Freiheitsproblematik findet sich, mit einer gewissen Konsequenz, im Abschnitt, wo wir herkommen, wieder. Wenn es uns um die Sicherung und Erweiterung politischer Teilhabe geht, eben weil dies immer auch individuelle Rechte meint, ist es verwunderlich, dass der Anarchismus ungenannt bleibt. Noch mehr, gerade für im Westen sozialisierte Linke, überrascht, dass genau die Bewegung, die BürgerInnenrechte auf die Tagesordnung gesetzt und dem miefigen Vater Staat BRD demokratische Entwicklungen abgerungen hat, nicht vorkommt. Will DIE LINKE allen Ernstes die 68er ausblenden?

b) Staatsverständnis der LINKEN

Grundsätzlich stellt sich die Frage, was eine sozialistische Perspektive auf den Staat wäre. Hier greift etwa Mindestlohn oder Belegschaftseigentum einwandfrei zu kurz. Vielmehr geht es darum, wie der Staat so umzubauen ist, dass die Menschen mehr Zugriff auf ihre eigenen Angelegenheiten haben. Ist der Staat für die Bürgerinnen und Bürger da, besser noch für alle Menschen, Bürger oder nicht, oder die Bürgerinnen und Bürger für den Staat? Ziel und Weg müsste ein antiautoritärer Staat sein, in dem sich mündige Bürgerinnen und Bürger selbst in die Pflicht nehmen können.

Der PE, der so konzentriert auf die Eigentumsfrage und die Forderung nach guter Arbeit ist, führt nicht wirklich aus, wie der Staat aussehen soll. Das ist aber sehr wichtig, nicht nur im Spannungsfeld autoritärer Staat - mündige BürgerInnen - sondern zuerst dann, wenn man doch so sehr auf die Verstaatlichung der Banken und weiterer Schlüsselbereiche der Wirtschaft abstellt. Dieser Ruf nach Verstaatlichung kann als Reaktion auf die Privatisierungsorgien der letzten 30 Jahre durchaus verständlich sein. Gleichwohl bürgt Verstaatlichung noch lange nicht für Demokratisierung und, wie ein paar Jahrzehnte Sozialismus gezeigt haben, für Effizienz und ökologische Nachhaltigkeit. Das ist auch von Bestrebungen zur Rekommunalisierung zu sagen. Das Wort vom Eigentumsmix birgt mehr Fragen, als irgendeine Antwort.

Ein Beispiel wie Entscheidungen aussehen könnten: Deutsche Bahn
Drei Gruppen handeln Entscheidungen aus: Die Belegschaft, die Öffentliche Hand (Staat?) und die Fahrgäste.
Das „Management“ ist nur noch ausführend.

Schlussbemerkungen:

Wie eingangs erwähnt, machte sich der Workshop auf die Suche, warum das, was fehlt, fehlt oder mindestens nur nebensächlich erwähnt, aber nicht durchgeführt, als wirkliches Problem also nicht erkannt, wird. Es kann mit der Perspektive zu tun haben. In kapitalismuskritischer Manier wird zuallererst die Eigentumsfrage gestellt. Das gilt spätestens seit der Vereinigung von PDS und WASG als Lackmустest dafür, ob eine Genossin

im „linken“ oder „rechten“ Lager steht. Angenommen, diese Frage entschiede, wenigstens im Grundsatz, alles weitere, bleibt der PE jeden Ansatz von Antwort schuldig. Aber es geht ja um die Perspektive. Der zweite Grundsatz ist ein gewerkschaftlicher und heißt „Gute Arbeit“. Vor diesem Hintergrund können Rechte auf individuelle Selbstbestimmung nur nachrangig in den Blick kommen, gewissermaßen als Nebenwidersprüche. Die TeilnehmerInnen des Workshops waren sich aber einig, dass BürgerInnenrechte, Rechte auf informationelle Selbstbestimmung usw. mit sozialen Rechten auf gleicher Höhe stehen müssen. Dafür genügt ein einfacher Perspektivwechsel.

Nicht gute Arbeit, Mindestlohn oder Eigentum, sondern die einfache, aber grundlegende Frage: Was braucht der Mensch?

Diese Frage gestellt, führt kein Weg am Thema des Workshops vorbei. Das PDS-Programm von 2003 und zu Teilen auch die programmatischen Eckpunkte hatten diese Perspektive.